

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik



und die neue Weltordnung

Chinas Verantwortung
Indien und der Ukraine Konflikt
Brasilien wieder global
Russland und die Weltmehrheit
Südafrika aktiv in der BRICS

WeltBlick

Außenpolitik der Ampel
Scholz mit Macron auf Kurs?
Türkei: Wahlen und Wirtschaft

Historie

Asiatische Produktionsweise

Bücherschau

Kommentar

Friedensbewegung zur Ukraine

ISSN 0944-8101 | 10,00 €
ISBN 978-3-949887-05-5



Strategische Annäherung durch Zeitenwende?

Macron und Scholz auf Kurs

Landry Charrier und Hans-Dieter Heumann

Die Äußerungen des französischen Präsidenten zu Taiwan haben in Europa hohe Wellen geschlagen. Zu Recht. Emmanuel Macron ist dieses Mal zu weit gegangen. Er wollte einmal mehr seine Partner provozieren und damit eine neue Debatte über die strategische Autonomie Europas in Gang bringen. Am Ende hat er sich diplomatisch in die Nesseln gesetzt. Seine Botschaft ist untergegangen und es hat sich der Eindruck festgesetzt, er wolle im Konflikt um den Inselstaat eine Äquidistanz zu den USA und China wahren. Dabei wurde oft übersehen, dass Frankreich mit seinen Überseegebieten und seiner 9 Millionen km² großen ausschließlichen Wirtschaftszone durchaus Interessen in der Region hat, und zwar vitale.

Eine bipolare Welt? Nicht im Interesse Europas

Im Kern hat Emmanuel Macron nichts anderes getan, als auf den grundlegenden Unterschied zwischen der amerikanisch-chinesischen Rivalität und den europäisch-chinesischen Beziehungen hinzuweisen. Hiernach sind Europa und China nicht nur Rivalen, sondern auch Wettbewerber und Partner: Unternehmen wie Volkswagen oder Mercedes, die circa 40 Prozent ihres Absatzes in China erzielen, werden nicht widersprechen. Die USA und China aber kämpfen um die Vorherrschaft auf dem Feld der (Zukunfts-)Technologien und letztlich auch um die militärische Präsenz im Indo-Pazifik. Eine solche Rivalität kann nicht im Interesse Europas liegen.

Die EU muss eine eigene, gemeinsame Antwort auf den Aufstieg und die Machtansprüche Chinas finden. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass Frankreichs Position näher an der der USA liegt als an der von Chinas wichtigstem Handelspartner in der EU: Deutschland. Es war Frankreich, das in der EU das „Screening“ durchsetzte, die Prüfung chinesischer Investitionen in Europa aus Gründen der nationalen Sicherheit. Es war eine Fregatte der französischen Marine, die „Prairial“, die unmittelbar nach Macrons Rückkehr durch die Taiwanstraße fuhr. Im September 2021 hatte die „Bayern“ dies vermieden – aus Angst vor Wirtschaftssanktionen. Als der chinesische Staatspräsident Xi Jinping im März 2019 Paris besuchte, lud Macron die

deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dazu ein. Es hätte der Beginn einer wahrhaft europäischen Chinapolitik sein können. Doch im November 2022 zog es Bundeskanzler Scholz vor, allein nach Peking zu reisen.

Europäische Souveränität

Anders als für de Gaulle ist Europa für Emmanuel Macron mehr als ein Mittel, die Unabhängigkeit und den Einfluss Frankreichs zu wahren. Es ist für ihn ein eigenständiges Projekt, das er mit dem Begriff „Europäische Souveränität“ umschreibt. Damit meint er Handlungsfähigkeit. Diese ist aber nicht mit Macht gleichzusetzen. Sie ist eine Voraussetzung dafür. Die EU kann nur dann eine geopolitische Rolle in der Welt beanspruchen, wenn sie handlungsfähig und in der Lage ist, in der unmittelbaren Nachbarschaft für Ordnung zu sorgen. Das gilt nicht zuletzt für den Krieg in der Ukraine. Darauf wollte auch der französische Präsident in seinem Interview mit *Les Echos* (9. April 2023) hinaus.

Hierüber herrscht Konsens mit dem wichtigsten Partner, Deutschland, zumindest was öffentliche Erklärungen angeht. Noch vor der Rede Macrons an der Sorbonne im September 2017 hatte die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, im Mai desselben Jahres erklärt, dass „wir Europäer unser Schicksal in die eigene Hand nehmen müssen“. Der deutsch-französische Aachener Vertrag von 2019, der Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung von 2021, die Europarede von Bundeskanzler Scholz in Prag (29. August 2022) und schließlich seine Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg (9. Mai 2023) enthalten alle das Bekenntnis zur Europäischen Souveränität. Die schon lange angekündigte Nationale Sicherheitsstrategie sollte nun Klarheit verschaffen und sie mit einer explizit erklärten operativen Konzeption füllen.

Souverän zu sein, bedeutet nicht, die transatlantische Brücke einzureißen, sondern die Fähigkeit zu haben, – wenn nötig – eigenständig handeln zu können. Beispiel Sudan: Die amerikanisch geführte Luftbrücke, auf die Deutschland und Frankreich zunächst gehofft hatten, hat es nicht gegeben. Am Ende musste die Rettungsmission für europäische Bürger in Eigenregie durchgeführt werden, d.h. ohne die Amerikaner. Deutschland und Frankreich spielten dabei eine entscheidende Rolle.

Das Konzept der Europäischen Souveränität kehrt in gewisser Weise zu den Anfängen der transatlantischen Partnerschaft zurück. Schon Präsident



Erlernen Scholz und Macron „Europäische Souveränität“ in Krisenzeiten?

John F. Kennedy wollte, dass diese auf zwei Säulen ruht, der amerikanischen und der europäischen. Das Prinzip der Lastenteilung ist in Europa akzeptiert. Es gilt auch für das Verhältnis zwischen EU und NATO, zu deren Komplementarität sich Emmanuel Macron bereits in seiner Sorbonne-Rede (27. September 2017) bekannt hat. Lastenteilung kann aber nur funktionieren, wenn man sich auf beiden Seiten des Atlantiks der gemeinsamen und unterschiedlichen Interessen bewusst ist. Die EU muss sich in diesem Kontext darauf einstellen, dass die Prioritäten der USA in Asien und nicht in Europa liegen. Die *National Security Strategy* spricht hier eine eindeutige Sprache.

Die EU als Lerngemeinschaft

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat nach Ansicht vieler Analytikerinnen und Analytiker die Handlungsunfähigkeit Europas vor allem im militärischen Bereich offenbart. Vor diesem Hintergrund europäische Souveränität zu reklamieren, sei nicht nur töricht, sondern lebensgefährlich. Das aber ist zu kurz gegriffen.

Abgesehen von der Feststellung, dass der Beitrag der Europäer zur Verstärkung der Ostflanke der NATO immer größer wird, braucht es ein

umfassendes Verständnis von Handlungsfähigkeit. Die EU (ähnlich dem Westen) ist eine Lerngemeinschaft, sie lernt in Krisen. Dies hat schon die Eurokrise gezeigt, die nicht nur überwunden wurde, sondern auch neue Instrumente der Handlungsfähigkeit hervorbrachte. Hierzu gehören vor allem der Europäische Stabilitätsmechanismus, die Bankenunion und die wachsende Einsicht, dass die Europäische Union eigene Mittel zur Stärkung der eigenen Resilienz braucht. Als Reaktion auf die Coronakrise wurde der Europäische Wiederaufbaufonds eingerichtet – ein Modell für die Bewältigung künftiger Krisen. Mit Blick auf den Krieg gegen die Ukraine konnten sich die EU-Mitglieder innerhalb weniger Tage auf Sanktionen gegen Russland einigen, für die vor diesem Krieg nie Einstimmigkeit herzustellen war. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte finanziert die EU zudem militärische Unterstützung für ein Land im Krieg.

Konvergenz in Sicht?

Die Geschichte der europäischen Integration zeigt, dass die großen Entscheidungen über die Zukunft der Europäischen Union Führung erfordern. Sie wurde in den meisten Fällen von Deutschland und Frankreich ausgeübt. Eine Alternative ist nicht erkennbar: Polen als erklärter Gegner der europäischen Souveränität wird diese Rolle nicht übernehmen können.

Der disruptive Präsident ist für den zögernden Bundeskanzler zwar ein unbequemer Partner. An ihm führt aber kein Weg vorbei. Macron hat seinerseits erkannt, dass sich der Traum von europäischer Souveränität ohne Deutschland nicht realisieren lassen kann. Freundschaftsverträge (Italien, Spanien), Militärallianzen (Griechenland), privilegierte Partnerschaften (Niederlande) und *Détente cordiale* (Großbritannien) sind das eine. Eine der gesamten EU zugutekommende Strategie zu entwickeln, erfordert aber ein enges deutsch-französisches Zusammengehen. Nicolas Sarkozy und François Hollande, die zu Beginn ihrer jeweiligen Amtszeit von einer Alternative zu Deutschland geträumt hatten, machten dieselbe Erfahrung.

Der Krieg „als Vater aller Dinge“ (Heraklit) hat eine Konvergenz zwischen Deutschland und Frankreich herbeigeführt. „Zeitenwende“ gibt es nicht nur in Deutschland. Was für Deutschland die Regierungserklärung von Bundeskanzler Scholz am 27. Februar 2022 war, könnte für Frankreich die *Revue nationale stratégique* (9. November 2022) sein.

Deutschland hat damit seine Vision von der gesamteuropäischen Friedensordnung aufgegeben und definiert nunmehr europäische Sicherheit

vor bzw. gegen, und nicht mit Russland. Mit der Aufgabe von Nord Stream 2 und der Entdeckung der Risiken des Handels mit China ist schließlich auch der Traum vom „Wandel durch Handel“ zerplatzt: Weder das russische, noch das chinesische politische System lassen sich allein durch wirtschaftliche Zusammenarbeit „modernisieren“. Deutschland beginnt, wirtschaftliches Denken durch geopolitisches Denken zu ergänzen. Es wird sich des Zusammenhangs von Diplomatie und Macht bewusst. Dies sind Anzeichen eines strategischen Denkens, das Deutschland der französischen Tradition näherbringen sollte.

In den beiden derzeit wichtigsten Fragen europäischer Außen- und Sicherheitspolitik liegen Deutschland und Frankreich praktisch auf einer Linie: Russland ist eine langfristige Bedrohung, gegen die die Abschreckung verstärkt werden muss, aber auch eine „geographische Tatsache“ (E. Macron), mit der eines Tages auch verhandelt wird. Was China angeht, so teilen beide Länder die von der Europäischen Kommission vertretene Politik des *De-risking*. Das Treffen zwischen Annalena Baerbock und Catherine Colonna am 10. Mai in Paris hat dies deutlich gemacht.

Die eigentliche Bewährungsprobe für die Europäische Souveränität und eine deutsch-französische Führung ist jedoch die europäische Verteidigung. Der von Deutschland und Frankreich auf den Weg gebrachte und unter französischer Ratspräsidentschaft verabschiedete Strategische Kompass ist eine gute Grundlage. Entscheidend aber wird es sein, ob der Aufbau einer wahrhaft europäischen Rüstungsindustrie gelingen wird. Das gemeinsame Panzer-Projekt „Main Ground Combat System“ zeigt aber: Es wird schwierig sein.

Ein neues Kapitel?

Mit dem angekündigten Staatsbesuch des französischen Präsidenten in Deutschland, dem ersten seit 23 Jahren, könnte ein neues Kapitel aufgeschlagen werden. Gut gemeinte Erklärungen und themenbezogene Klausuren werden aber längst nicht ausreichen, um aus der aktuellen Konvergenz eine tragfähige Strategie zu machen. Es braucht einen Ruck, den Willen, gemeinsam etwas zu bewegen, im Sicherheits- sowie im Verteidigungsbereich.

Verlorenes Vertrauen in Mittel- und Osteuropa zurückzugewinnen, wird eine große Herausforderung sein, nicht zuletzt, weil Polen einen Kurs fährt, der wenig Anschlussmöglichkeiten bietet. Das Weimarer Dreieck, einst als „intelligentes politisches Instrument“ (Bronislaw Geremek)

gepriesen, wird seiner Rolle als Brücke zwischen Ost und West nicht gerecht werden können. Es muss also anders gehen.

Wenn Deutschland und Frankreich zusammenfinden, müssen sie den Dialog mit ausgesuchten Partnern in Mittel- und Osteuropa gezielt vorantreiben und sie viel mehr in die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunftsagenda einbeziehen, als es vor dem Krieg in der Ukraine der Fall war. „Europäische Souveränität (...) ist eine absolute Notwendigkeit in einem gefährlichen Umfeld“, sagte Emmanuel Macron in Den Haag (11. April 2023). Der Weg dahin wird lang und holprig sein. Eine Alternative gibt es aber nicht. 🌐



Dr. Hans-Dieter Heumann, Botschafter a.D.

geb.1950, war Diplomat unter anderem in Washington, Moskau und Paris, arbeitete in Leitungsfunktionen im Auswärtigen Amt und im Verteidigungsministerium; 2011-2015 Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin. Associate Fellow am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn).



Dr. habil. Landry Charrier

geb. 1979, Mitglied der CNRS-Forschungseinheit SIRICE (Sorbonne, Paris), Associate Fellow am Global Governance Institute (Brüssel) sowie am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn); Ko-Produzent des Frankreichpodcasts „Franko-viel“.

ANZEIGE



Anita Tack

BER

Das Lehrstück vom Flug- und Fluchhafen

„Ich war seit 1990 vom ersten Tag an für meine Fraktion mit dem Geschehen um die Flughafenplanung befasst. Es fing schon mit einer totalen Fehlentscheidung an: mit dem Fehlkauf des Baufeldes Ost. [...] Es folgte dann der erste Untersuchungsausschuss. [...] Es gab einen weiteren Untersuchungsausschuss. Es gab also eine Menge unfassbarer Vorgänge, und ich habe für meine Fraktion alles dokumentiert. (Die Autorin in ihrer letzten Rede im Brandenburger Landtag am 12. Juni 2019).